

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Zusammensetzung mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst
der Frauen- und Jugendzeitung einschl. Gringerlohn monatlich 80 Pf.
ab dem 1. Februar vierfachjährl. Nr. 2.76, unter Kreuzband für Deutschland und
Böhmen 8.-. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Brüderstraße 21, II. Telefon 3465.
Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Brüderstraße 21. Telefon 1769.
Sprechstunde von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Postkarten werden die 6spaltige Zeitung mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger
Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinssprecher 20 Pf. Postkarten müssen
bis spätestens 10 Uhr fehl in der Expedition abgeben sein und sind im
Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 231.

Dresden, Montag den 5. Oktober 1908.

19. Jahrg.

Zu den Balkanfragen.

Die bosnische Frage als Friedenstrüger.

Wien, am 4. Oktober.

Der österreichisch-ungarische Reichsgraf zu
völkler-Wetzl hat seinen Urlaub unterbrochen und,
Paris zurückgekehrt, bei dem Präsidenten Galliéraux am
heutigen Abend genommen. Auch der Minister des Außenwesens
von, war hierbei anwesend. Die offizielle Nachricht, die
dem Empfang noch Wien meldung brachte, deutete den Zweck
Inhalt der Unterredung mit keinem Worte an. Aber die
der, die mit dem „Auswärtigen Amt“ Verbindungen unter-
halten, bringen heute die große Neuigkeit: der Reichsgraf hat
Präsidenten der Republik ein eigenhändiges Schreiben
Kaisers Franz Josef überreicht, das eine
neine Darstellung der Zustände im Orient und der
deren staatlichen Interessen Österreich-Ungarns enthält.
dem Schreiben wird die gegebenenfalls eintretende Not-
schaft erwähnt, daß Österreich-Ungarn in Bosnien
in der Herzegowina in formeller Besetzung
initiative Zustände schaffe, die in keinerlei Weise eine Neide
der seit dreizehn Jahren bestehenden österreichischen Verhältnisse
würde. Die Agence Fourcier kommentiert — ohne auf
Inhalt des Handschreibens einzugehen — das Ereignis mit
Worten: Dieser Schritt Österreich-Ungarns muß bei den
antiken bulgarischen Tendenzen der österreichisch-ungarischen
und besonders nach den Gerüchten, die über die Annexion
und der Herzegowina zirkulierten, große Konse-
quenzen haben.

In der Tat, dieser Schritt muß große Konsequenzen haben,
weil er nicht weniger, als daß sich Österreich-Ungarn auf
den Frieden auf dem Balkan, die friedliche Entwicklung
generierten Türkei zu stören. Eine Tat wahrwolliger Ver-
gang, unbegreiflich nach der unwillkürlichen Haltung der öster-
reichischen Politik in den letzten 20 Jahren, unbegreiflicher noch
die Umstände, unter denen sie geschieht. Was soll es bringen,
in dem Handschreiben hervorgehoben wird, die Schaffung
definitiver Zustände werden an den tatsächlichen Verhältnissen
ändern? Das weiß ja freilich jedermann, daß die Okkupation
Bosniens und der Herzegowina wirtschaftlicher Vorteil war, daß der
in dem befreiten Lande volle Autorität des Gesetzgebungs-
Konsuls einen milderen Namen gewählt hatte, der die Tatsache der
Tatsache der Besitznahme verschleiert. Es war damals viel-
mehr Rücksicht auf Russland als auf die Türkei, was die
ere Fassung wählen ließ, und wenn man in Wien nach der
acht bei Klausina, als die Macht des Baronats zu Boden
den Enthüllungen gefunden hätte, die Annexion zu proklamieren,
so sich vermutlich nirgends ein Widerstand ereignet. Aber heute?
Es ist gerade die Formfrage die Hauptfrage. Die Geschicht-
lehre lehrt eindeutig, wie das neue Regime in Konstantinopel
auch bedacht ist, die Macht des osmanischen Reiches
hütten, auch dort, wo das Recht nur noch Schein ist.
Es ist Bulgarien einer weniger „tatsächlich“ unabhängig, als
in den tatsächlichen österreichisch ist? Dennoch hat der Groß-
fürst Kostmil Pascha verkündet, die Unabhängigkeitserklärung
Bulgariens würde von der Störte als Kriegsfall angenommen
werden. Man soll nicht glauben, daß das jungtürkische Regime
seine Tatenloskeiten keine Seele hängt. Aber es hat die Ver-
stümmungen und Misshandeln der Nationalen zu fürchten. Vor
den gefährlichen Vorwurf, daß es die Macht und Größe
Reichs verletzen löste. Also ist der Versuch Österreich-
Ungarns, daß staatsrechtliche Verhältnisse zu Bosnien zu ändern,
zweckmäßig auf die empfindliche Stelle, und muß
halb in Konstantinopel die gefährliche Stimmung wachrufen;
aber um so mehr, als der Zusammenhang mit den
außenordnungen Bulgariens nun mit völker-
rechtlichkeit hervorprangt.

Als die bulgarische Regierung Gerüchte von der bevorstehenden
Unabhängigkeitserklärung aufstehen ließ und mit offener
Auseinandersetzung das ihr Gebiet durchdringende Streit der
Orientbahnen besiegte, während gleichzeitig Fürst
Ferdinand in Budapest auf eine unerwartet herzliche Begegnung
aufwarten, suchten die Wiener Offizialen dieses verächtliche
Zusammenstoß damit zu entkräften, daß sie behaupteten, der
Gesang sei schon festgestellt worden, und Österreich
gegen die Bekämpfung der Oste protest erhoben. Die
Stadt stand nur mäßigen Glücksen. Woher kam es denn,
daß alles so stand, daß Bulgarien in wachsender
Hast alle Beschwörungen der Gesellschaft abwarf und zuletzt so
ablehnte, mit der eigentlichen Besitzerin der Bahn, mit der Türkei,
unterhandeln? Wer könnte den kleinen Staaten den Mut zu
der provokativen Haltung ein? Aufgrund stand auf Seiten der
Gesellschaft, die offen für die Türkei eintraten, kein Vorschlag, die
Entscheidung den Signatarien des Berliner Vertrags anheim
gegeben, wendete sich in der Sache gegen die Abhängen Bulgariens,
um auch damit der Ausweg gefunden werden sollte für einen
vernünftigen Auszug der bulgarischen Diplomatie. Ging Bulgarien,
zudem mit Serbien und Griechenland in bitterer Feindschaft
ohne jegliche Rücksichtnahme zu vermeiden vor? Und warum
bis zur Stunde Österreich-Ungarn dem Vor-
lage Bulgariens nicht zugestimmt? Heute wissen wir die
Wahrheit auf alle diese Fragen. Unter Bulgarien steht tatsächlich
Wiener Kabinett.

Über den kurzen Ferdinand zu seinen Verwegenheiten inspiriert

hat, wie die französischen Blätter behaupten, oder nicht: gewiß ist
daß es ihm Schwung und Stütze gewährt. Und es geht darin so
weit, die Interessen der Orientbahn preiszugeben, deren Betrieb
in österreichischen Händen ist, also die wertvollste wirtschaftliche
Position auf dem Balkan zu opfern. Das kann nur geschehen und
daß nur einen Sinn, wenn Österreich-Ungarn Bulgarien als
Sturmbock gegen die Türkei benutzen will. Das Wort des
Alvaro von der französischen Doge, die das Wiener Kabinett auf die
Türkei gehetzt habe, ist nicht hilflos, aber sehr wahr.

Während man nur den Zweck einer solchen verhängnisvollen
Politik Österreich-Ungarn hat in Bosnien die unmöglichste Auf-
gabe übernommen, ein Balkangebiet seinem Staatsgefüge einzurichten.
Auch unter den günstigsten Umständen war kein Erfolg
zu erwarten. Jeder Fortschritt der Kultur mußte bloß die Selbst-
ständigkeitsmärkte der Serben und der Mohammedaner er-
muntern. Dazu wurden schwere Fehler begangen. Man spielete
zuerst eine Konfession gegen die andere aus und suchte dann, als
dies Spiel versagt, mit matten Unterdrückungsmaßregeln auszu-
kommen. Man bewirkte bloß, daß Serben und Mohammedaner
ihre alte Feindschaft fallen ließen und gemeinsam gegen die
Okkupationsregierung Front machten. Jetzt hat mit einem Donner-
schlag die Proklamation der türkischen Verfassung drei-
fachlich in Bosnien noch immer ein Teil der Türkei, also ging
es wohl nicht mehr an, unter österreichisch-ungarischem Banner
absolutistisch zu regieren, wenn dasselbe Gebiet unter türkischer
Herrschaft jetzt an der Konstitution teil hätte. Aber ein bosnischer
Landtag, so fürchtet man, wird ein Herd der Irredenta sein!
Und so will man eine halbe Monate schaffen, wie es scheint
eine beratende Öffentlichkeit: zugleich jedoch durch die Annexion
des Bosniens die Möglichkeit nehmen, sich an das Konstantinopeler
Parlament zu wenden. Als ob es an dem formellen Rechte lage!
Als ob die Annexion die Wissensschaft im Lande zu dämpfen
vermöchte!

Und um eine Schußwehr aus Papier aufzurichten, nimmt
man die schwersten internationalen Verwicklungen in den Kauf!
Frankreich und England spielen heute mit großem Geschick die
Protektoren der Jungtürken. Möge man sie der Heimatkrieger zeihen,
weil sie doch eben erst im Niederrhein Programm die Verfestigung
des osmanischen Reichs auf ihrem Schild geschrieben hatten: Sie
gehen flug mit den Balkanstaaten, wobei wenigstens in Paris auch
ethische Sympathien für die junge Konstitution mitwirken dürften.
Aufstand, wie es auch sonst zu der Frage der bulgarischen Un-
abhängigkeit steht, wird sich jetzt von den Balkanstaaten nicht los-
lösen, und da es stets die Annexion Bosniens befürchtet hat, Sicher-
heit Frankreich überstehen, welches bereits deutlich hat zu er-
sinnen gegeben, daß es nicht geneigt ist, der Annexion Bosniens
zuzustimmen oder, was deshalb ist, seine Zustimmung von dem
Spruch der Störte abhängig zu machen. In eine schlimme Lage
gerät Deutschland. Es darf keinen einzigen Freund Österreich-
Ungarn nicht im Stiche lassen, ohne seine Isolation
zu vollenden, und es gerät in den Fall, wenn es die Wiener
Politik unterläuft, alle Sympathien im Orient einzubringen, um
die es sich Jahrzehntelang bemüht. Aber noch Schlimmer ist
denkbar. Der unbedachten Schritt des Wiener Kabinetts beschwört
die Gefahr gefährlicher Konsolidierung herauf. Mit atemberaunder Spannung
wartet man in Österreich und Ungarn, daß man auch überall,
wo man sonst um den Frieden Europas Sorge trägt, der Sitzung
der Delegationen entgegenwartet, die am 8. Oktober eröffnet
wird. Hier muß sich der Schleier lösen und das Geplänkt ge-
heimer Pläne offenbar werden.

Die Deferfeure von Casablanca.

Wenn es nach den Wünschen der jetzt vom Reichsdechanten
richtig geleiteten Aldeutschen ginge, hätte Deutschland aus den Kon-
flikten mit anderen Staaten überhaupt nicht mehr heraus.
Der Zwischenfall in Casablanca ist beispielhaft dadurch entstanden, daß
deutsche Deferfeure der Fremdenlegion gewaltsam den Händen des
deutschen Konsuls entzogen wurden. Die Franzosen haben dann
behauptet, daß die Deferfeure deutscher Fremdenlegionäre durch ein
deutsch-französisches Bureau systematisch betrieben werden. Das ist von
deutscher Seite bestritten worden. Nun meldete sich plötzlich ein Herr
Schiff-Holm, Vorsteher eines aldeutschen Vereins, mit der Be-
hauptung, daß dieser die Deferfeure der Fremdenlegionäre nicht ge-
fördernd und darüber die in Casablanca verbotenen Deutschen zur
Deferfeure veranlaßt habe. Diese etat aldeutsche To-
politisches ist vor der Regierung doch zu toll, denn die Kölnerische
Gesetzgebung läßt nicht offiziell:

„Ein deutscher Verein gegen die Fremdenlegion hat es für
angezeigt geboten, jü mit einem Schreiber an die französi-
sche Regierung zu wenden, worin er die Institution der
Fremdenlegion angreift und gegen die Verhaftung der deutschen
Legionäre in Casablanca Einspruch erhebt. Der Begriff vorwär-
heit völlig unbekannt, und seinem Einspruch würde
nicht seine Bedeutung beigelegt sein, wenn er nicht in einer
der Deferfeuren bestimmten Gefahrung die Fahnenflucht
der deutschen Legionäre als sein Werk bezeichnet und angeführt
hätte, daß er auch in Zukunft Legionäre bestreiten und jenseit
Tätigkeit eine größere Ausdehnung geben werde. Es
versteht sich ganz von selbst, daß die deutsche Regierung
im allgemeinen und die deutschen Konsulatbezirken in Marokko
solchen Unternehmungen durchaus fern zu stehen und sie nur
mit Vorsichtigen können. Deutschland ist nicht bereit, in die
inneren Angelegenheiten der französischen Armee einzutreten oder
Leute, die ihr vertragsgemäß angehören, zur Auswanderung zu er-
muntern. Dies versteht sich aus den tatsächlichen, noch mehr
aber aus politischen Gründen, die auch für deutsche Verein-
schaften möglicherweise sein sollten. Durch die Veröffentlichung des
deutschen Vereins wird den französischen Behauptungen vom
Vorstande einer Deferfeureagentur allein.“

Anhänger noch eine unerstreuliche Behauptung gegeben. Das ist
am liebsten behauptet; wie aber der Verein glauben kann, daß
er durch seine Wirkung das Los der deutschen Fremden-
legionäre verbessert oder die Aufhebung der Legion veranlassen
kann, ist unverständlich. So lange leichtfertige und oft bedeutende
Elemente dazu sich befinden, ihr Leben und ihre Gesundheit
für schlechten Vorsprung zu Nutzen zu tragen, wird Frankreich
auf diese billige Menschenware kaum verzichten.“

Der Wahlmacher Siebert und seine Kumpane werden der Regierung
allmählich fürchterlich. Es erhebt sich aber die Frage: Wie
war es möglich, daß die französische Presse über tatsächliche Ver-
gänge, die sich unter dem anderthalb Dutzend Deutschen von Casablanca
abspielen, besser unterrichtet war, als der deutsche Konsul am
Orte, als der deutsche Gesandtschaftsrat in Marokko und die Regierung
in Berlin? Nur kann man es den Franzosen übelnehmen, wenn sie
der deutschen Regierung nicht glauben wollen, sondern hinter
der Sache mehr vermuten als eine unglaubliche Unzumutbarkeit und
Abwendungsfähigkeit? Herr Ohl-Schön war vom deutschen Konsul in
Casablanca so, als ob er sein Agent wäre, aber der deutsche Konsul
hat auch wie sein Agent gehandelt. Der Schein spricht gegen ihn,
aber nicht bloß gegen ihn, er spricht auch gegen die deutsche Regierung.
Wir haben es schon erlebt, daß preußische Behörden russische Standort-
berichterstattungen unter Aufhebung der Ausweitung zum Landes-
bericht verleiten wollten. Es wäre ein niederschmetternder Beitrag
zum Kapitel der deutschen Freiheit, wenn sich nun am Ende
noch herausstellen sollte, daß deutsche Reichsbeamte Deserteure
protagonist in einem französischen Truppenteil getrieben oder beginnend hätten. Der Reichstag wird sich
hoffentlich nach seinem Zusammentritt beilegen, im Interesse des hier
wie auch gescheiterten nationalen Ehre und der guten Beziehungen zu Frankreich volle Ausklärung und schläunige Entfernung
der kompromittierter Beamten zu verlangen, wenn nicht etwa schon
zuvor eine entscheidendeklärung erfolgt sein sollte.

Spiel steht allerdings heute schon fest: Deutschland ist durch
das napoleonische Treiben seiner aldeutschen Nebenposten in Marokko
so in die Falle geraten, daß es froh sein muß, wenn es sich mit
einem Zusammenspiel vom dem Schauspiel der Ereignisse zu entzüglich
lich dem Weltfrieden nährt sein!

Deutsches Reich.

Die Sydon-Projekte.

Die Bundesratsausschüsse haben, nach einer L.A.
Wahlung, in der verlorenen Woche die Beratung der Steuer-
entwürfe beendet, die noch von dem vorigen Reichstag
abgelehnt wurden, also die Entwürfe über Zölle, Ziga-
retten und Branntwein. In dieser Woche kommen
die Nachlasten, Elektrizitäts- und Gas-
steuer, Bier- und Weinsteuer usw. zur Beratung.

Neue Militärausgaben.

Es steht nun fest, daß der Militärrat, wie er diesen
Winter den Reichstag beschäftigen wird, für Preußen neu
fordert wird einen Kavalleriebrigadesstab, ein Kavallerie-
regiment, einen Kommandeur der Pioniere und ein Pionier-
bataillon.

So sieht also die „Sparsamkeit“ aus, die nach den Ver-
sprechungen des Reichskanzlers auch auf militärischem Gebiete
geübt werden sollte.

Preußen unter falschem Verdacht.

Eine Berliner Korrespondenz hatte die Behauptung ver-
breitet, daß Preußen gegen die Weinsteuer ge-
stimmt habe. Die preußische Regierung kann sich natürlich
nicht nachfragen lassen, doch sie jemals gegen eine Verbrauchs-
steuer gewesen wäre, deshalb läßt sie erklären, daß es sich bei
der Weinsteuer vorher noch um ein Projekt handelt, das über-
haupt noch nicht beraten wurde.

Eine Anerkennung des Tages“.

Die Gründung eines Aldeutschenvereins, der in
üblicher Weise für die Verwaltung der Armee ein-
treten soll wie der Aldeutschenverein für die Vergroßerung der
Marine, soll nach einer Berliner Korrespondenz beabsichtigt
sein.

Aldeuten, Altdritten und Alte-Weinsteuer! Alle drei
finden die lebhafte Unterstützung der Patrioten, denen der
Patriotismus in erster Linie ein Geschäft ist. Und alle drei
Vereine finden Tölpel in Masse, die ihnen auf den Leim
schießen.

Wahltag in Anhalt.

Dem anhaltischen Landtag gehörten bisher zwei Sozial-
demokraten an. Um sie zu bestreiten, kam ein Kartell der
bürgerlichen Parteien zusammen, das von dem politisch völlig
verfeindeten Kreisbau bis hinüber zu den Konservativen
reichte. Doch der Liebe Wüste war umsonst, unsere Genossen
verloren zwar den Sitzen in Dessau, den sie nur durch ein
Kompromiß errungen hatten, behaupteten aber das Mandat in
Wienburg und eroberten die beiden Mandate in
Bitterfeld.

Zu die Kriegervereine abkommandiert.

Die Regierung ist es recht unangenehm, daß die Erlasse
des Kriegsministeriums über den Wehrstand der Offiziere zu den
Kriegervereinen in die Öffentlichkeit gekommen sind. Die
amtliche Berliner Korrespondenz kann zwar das Vorhandensein
dieser Erlasse nicht bestreiten, meint aber, feststellen zu
können, daß sie nicht geheim waren, und fügt hinzu:

„Auch eine am 1. Juni 1906 in gleicher Angelegenheit

Pieschen, Trachenberge

Freitag den 9. Oktober, abends 9 Uhr

Volks-Versammlung

im großen Saale des Etablissements **Stadt Leipzig**, Leipziger Straße.

Tages-Ordnung:

Reichs-Finanz-Passes. Ein Beutefzug auf die Taschen des Volkes.

Referent: Stadtverordneter **Wilhelm Bud**, Dresden.

Debatte. — Zutritt und Redefreiheit für jedermann.

Arbeiter und Handwerker! Ein Konsens, wirtschaftlicher Druck lässt auf den unteren Schichten des Volkes. Die Regierung hält aber im Einverständnis mit den Blockparteien diesen Zeitpunkt für den geeigneten, um dem deutschen Volke neue, hohe Lasten aufzuerlegen. Millionen Mark neue Steuern sollen nicht etwa durch die bestehenden Klassen aufgebracht werden, nein, diese werden sich mit empörender Schwere gegen jede, ihnen unangenehme Steuer. Auf den kleinen Mann, der sowieso in der gegenwärtigen Zeit des wirtschaftlichen Niederganges und unter der Gewalt der Arbeitslosigkeit zu leiden hat, sind alle offiziellen und Reichsverbands-Beschlüssen losgelassen, um ihm die Beutezug auf seine Taschen schamhaft zu machen. Arbeiter und Handwerker! Protestiert gegen diese Schwere! Ercheint Mann für Mann in der Versammlung!

Öffentliche politische Versammlung. Einberüter: W. Weitbärlinger, Leipziger Straße 48, 2.

6. Wahlkreis.

Dienstag den 6. Oktober, abends 9 Uhr

Volks-Versammlung

im Deutschen Haus in Pöschappel.

Tages-Ordnung:

Die Reichsfinanzreform und das Ende der deutschen Arbeiterklasse.

Referent: Reichs- und Landtagabgeordneter **Hermann Goldstein**.

Debatte.

Männer und Frauen! Ercheint massenhaft in dieser wichtigen Versammlung, um gegen die jetzige Finanzreform zu demonstrieren. Ercheint, um zu protestieren gegen die Einführung neuer indirekter Steuern.

Öffentliche politische Versammlung. Einberüter: Hermann Rahmann, Döbeln Nr. 77 g.

Grosser öffentlicher Frauenvortrag

im großen Saale des Drei-Kaisers-Haus, Dresden-Löbtau

Referent: Herr Schriftsteller Emil Peters aus Köln a. Rh.
Thema: Liebe und Ehe in ihrer Bedeutung für Gesundheit, Lebensglück und Lebenskraft.

Kurze Inhaltsangabe: Naturtritt und Sinnlichkeit. Geschlechtskraft und Lebensfreude. Wann sollt du heiraten? Das ist von deute. Die Rätsel der Liebe. Der Schönheitsbegriff bei Weib und Mann. Die Folgen jugendlicher Verirrungen. Die Mittel zur Verhütung der Empfängnis in ihrer sinnlichen und gesundheitlichen Bedeutung.

Damen aller Gesellschaftskreise sind höflich eingeladen.

Eintritt 30 Pf. — Kündigung zur Mitgliedschaft bringt freien Eintritt.

Der Naturheilverein Dresden-Löbtau und Umgegend (gegr. 1880).

Pl. Grund

Pl. Grund

Frauen-Vortrag

Freitag den 9. Oktober 1908
abends 8½ Uhr
im Gasthof zum Täubl. Wolf

Über: Warum werden die Unterleibsschleiden der Frauen zu wenig beachtet und zu spät erkannt?

Für Gäste 25 Pf. Eintritt.

Gittersee

Sonntag den 10. Oktober 1908
abends 8½ Uhr
im Gasthof zum Gittersee

Über: Wie können Operationen bei Frauenschleiden verhindert werden? — Eintritt frei.

Referent in beiden Versammlungen: Frau Rautenkall, Köhler, Zölditz.

Bürger-Schänke

Palmstrasse 1 eine Minute vom Postplatz.
Jeden Dienstag vom abends 17,6 Uhr anGrosses Gänse-Essen
mit Rotkraut und Kartoffeln.
Nur grosse Portionen 1 ½ 65 Pf.

Möbel

Siehe man jetzt direkt aus
Wilsdruff vom
Genoßen Hildebrand.

Beginn neuer Sprachkurse

Englisch: Dienstag den 13. Oktober, abends 9 Uhr.

Französisch: Donnerstag den 15. Oktober, abends 8½ Uhr.

Honora vierstündiglich 5 Mark.

Anmeldungen erbeten an H. Michel, Janai, Lehrerin im früheren Volksschulbildungverein, Luisenstr. 22, III. oder Salzgitter Str. 18, p. Abrechenschule.

Westendschlösschen Plauen.

Hiermit den Bewohnern von Plauen und Umgegend zur Meldung, daß seit 1. Oktober 1908 im neuen Umbau, Chemnitzer Straße, eine

Stehbierhalle

eröffnet werden ist. Vorläufige Biere, gute Speisen. —

Zeitung: Walter Pfütze.



Durch günstige Einlaufgelegenheit bin ich in der angenehmen Lage, eine böhmische Braunkohlenmarke billiger als folgt abgeben zu können:

Mittel I/II 70 Pf. pro Hektol. ab Kahn

Gest. Aufträge erbitte ich mit umgehend

Dresden-Cotta (am Schuhhaus)

Hamburger Str. 54/60, Tel. 247

Weiteren wegen Rindfleisch und einer vereinigten Fleischhauerschaft von

Dresden-Löbtau zur gest. Kenntnahme, das ich mein

Holz- und Kohlen-Geschäft

von Löbster Straße 20 nach

Hermsdorfer Strasse No. 1

verlegt habe. Mit der Bitte, wie auch in meinem neuen heim des Wohl-

wollen zu bewahren, reicht

Hochachtungsvoll M. Grund.

Ich empfehle alle Sorten Brennmaterialien vom leinsten bis

zum grössten Quantum zu Tagesspreisen.

50 Betten

hochfein rot, dicht Daunenfüller, grobe Ober- und Unterbetten und zwei Rüben mit 17 Bib. Holzbaumen, rogen kleiner Bettstühle u. Gebett M. 30., baßelle Bett mit Daunenbett M. 36.— Heinfus herst. Bettdecken Daunenbett M. 40.— Nicht gefällig Geld zurück. Analog Bettdecken Th. Kranefuss, Cassel 51.

Warum

Weil

begegnet man noch so vielen Personen mit schlechten Zähnen und ohne künstlichen Zahnersatz?

der gröste Teil der Zahnlücken nicht so hohe Preise zahlt, ich berechne jeden

künstlichen Zahn

M. 1.50

mit Kaufplatte einberufen unter Garantie für guten Sie und Brauchbarkeit.

Zahle

300 Mark Belohnung

demjenigen, der mir nachweist, daß ich höhere Preise bereite. Ein karätige Goldklemmen zur Belegung sowie Plombierungen eines extra bezahlt werden.

Man lasse sich nicht durch billigere Angebote herein, wenn Beispiel von Zähnen für Mark 1.— Die Patienten zahlen stets viel höhere Preise bezahlen, z. B. soll sich der Preis des Zahnes maßgebend sein, sondern auf Ausbildung und guter Sitz hierfür bestimmt.

Wenden Sie sich vertraulich in mein Atelier!

Überzeugung macht wahr!

Zahnziehen, fast schmerlos, Mark 4.— speziell für arme und ärztliche Personen.

Umarbeitungen nicht sitzender Gebisse.

Plombierungen. Zähne ohne Gaumense

HYGIBA, Zahn-Praxis, Gr. Zwinger 1

im Hause des Konsumvereins Freital.

Blumenarbeiter und -arbeiterinnen

Dienstag den 6. Oktober 1908 abends 8½ Uhr

Versammlung in der Roten Schenke in Döbeln.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag über Güten u. Gebrauchs im Orient. Ref.: Herr Reinhardt.

2. Gewerbeschau.

Zahlreichen Besuch erwartet

Der Einberüter.

Englisch

Anfangs-Kursus

Beginn: Donnerstag den 8. Oktober abends 8½ Uhr

Französisch

Beginn: Freitag den 9. Oktober abends 8½ Uhr

Unterrichtszeit zum Sprechen vierteljährlich 28 Stdn. 5 M.

Anmeldung bei der Lehrerin des

Volkssch.-Vereins, Bleckmanns

Strasse 18, 2 od. i. Standortkai amalienstr. 18, 1.

Einige Frauen zum Übungsende geholt.

Sitzze. Nr. 94, 3. Ges.

Personen unentbehrlich.

Strohhutmachers (Ober) bringt zu verkaufen

Dr. Radis, Marktstr. 21.

Für unsere neu einzurichtende Verkaufsstelle

Freiberg suchen wir für Anfang November

kautionsfähigen Lagerhalter

Bewerber wollen ihre Offerten bis 13. November

in unserem Kontor, Löbtau, Poststr. 15, 1, abgeben.

Konsumverein für Löbtau und Umgegend

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß der Kollege

Friedrich Paul

Maschinenarbeiter

verlorenen ill. Ehre seinem Amt!

Die Beerdigung findet Dienstag nachmittag 3 Uhr auf dem

St. Pauli-Friedhof statt.

Schätzungsweise erwartet

Die Verwandten.

Bestattung für den reaktionellen Teil:

Robert Großfuß, Friedhof bei Dresden.

Bestattung für den Fortschritts-

Reinhardsch. Friedhof, Dresden.

Bestattung für den Fortschritts-

1. Beilage der Dresdner Volkszeitung.

1048

231.

Dresden, Montag den 5. Oktober 1908.

19. Jahrgang.

Sächsische Angelegenheiten.

Ein Trick der Wahlrechtsüber.

Unter dieser Überschrift steht der folgende Volkszeitung geschrieben:

Was ob die Wahlkreiseinteilung das wesentlichste an der Wahlrechtsreform sei, so beginnen die konservativen und nationalen Wahlrechtsüber um die vom Reichsrat Heink mit dem Rößing-Abkommen angefochtene Wahlkreiseinteilung zu räumen.

niederrheinisch-reaktionäre Agrarlerorgan, die Deutsche

Zeitung begleitet diese Panzer mit der Versicherung, sie

immer kommt, daß die Wahlkreiseinteilung die Hauptfache

ganz Wahlrechtsänderung sei.

Bei diesem Geschwör um die Wahlkreiseinteilung will man nunmehr des Volkes ablenken und die Angelegenheit wieder in politisch Gleiches lenken. Aber das ist gescheit. Hätten es Wahlrechtsüber nur mit einer kleinbürgerlich denkenden, ländlichen Bevölkerung zu tun, die sich nur zu leichten herzlosen politischen Kreisen breitstellen läßt, so dieses volksbeträgerische Spiel nicht zu schwer. Über

realeitischen Momen lassen sich durch die neuen Verhüllungen nicht täuschen. Auf die angeblichen Differenzen und Ausfälle in der konservativen Landtagsfraktion

ist kein Gewicht, eben so wenig auf die national-

alen Einwände gegen die Wahlkreiseinteilung

zu legen. Vor allem ziehen die Arbeiter daraus den Schluss,

zunächst darauf abgehen, daß mit der Wahlkreiseinteilung

Wahlrechtsänderung so zu verhunzen, daß ihr Ergebnis ein

Wahlrechtseinheit sein müsse, daß diejenigen Wahlkreise mit

deren Hilfe eine gewisse Gleichheit der Kreise möglichst aus-

einanderzuhalten. 3. Unter Auseinandersetzung an die Verwaltungs- und Gerichtsbezirke

sind die industriellen und landwirtschaftlichen Kreise möglichst

aus einander zu halten. 4. Es soll eine gewisse Gleichheit der

Wählerzahl innerhalb der Kreise festgelegt werden; die

Spannung soll möglichst nicht mehr als 10 Proz. betragen. 5. In

der Art dieser Grundlage sich weiterhin noch ergebenden Un-

gleichheit der Kreise wird die Fortsetzung, die schwieriger zu

berücksichtigen, dort aneinzurichten, wo bei räumlich anges-

iedelten Kreisen die Wählerzahl eine geringe ist, also in vor-

wiegend landwirtschaftlichen Gegenden.

Dazu wird noch mitgeteilt: Die Wirkung dieser Grund-

regeln würde sich dann so äußern, daß diejenigen Wahlkreise mit

dicker Bevölkerung die höchste Wählerzahl aufweisen, die Wahl-

kreise mit weniger dicker Bevölkerung dagegen die geringere

Wählerzahl. Die nationalliberale Fraktion der Zweiten Kammer

wird am Dienstag früh noch einmal zusammenkommen, um dann

der Wahlrechtsdeputation, deren Sitzung um 12 Uhr mittags be-

ginnt, einen möglichst einheitlichen Beschluss über die Wahlkreis-

einteilung zu unterbreiten.

Streite, nur solche Vorstände werden mit ihnen verbunden, die mit ihnen im engsten wirtschaftlichen Zusammenhang stehen. 2. Mittelstädtische sollen zu einem Wahlkreis zusammengelegt werden, wenn sie ihrer wirtschaftlichen Eigenart wie ihrer Lage nach zusammengehören. 3. Unter Auseinandersetzung an die Verwaltungs- und Gerichtsbezirke sind die industriellen und landwirtschaftlichen Kreise möglichst aus einander zu halten. 4. Es soll eine gewisse Gleichheit der Wählerzahl innerhalb der Kreise festgelegt werden; die Spannung soll möglichst nicht mehr als 10 Proz. betragen. 5. In der Art dieser Grundlage sich weiterhin noch ergebenden Un-

gleichheit der Kreise wird die Fortsetzung, die schwieriger zu

berücksichtigen, dort aneinzurichten, wo bei räumlich anges-

iedelten Kreisen die Wählerzahl eine geringe ist, also in vor-

wiegend landwirtschaftlichen Gegenden.

Dazu wird noch mitgeteilt: Die Wirkung dieser Grund-

regeln würde sich dann so äußern, daß diejenigen Wahlkreise mit

dicker Bevölkerung die höchste Wählerzahl aufweisen, die Wahl-

kreise mit weniger dicker Bevölkerung dagegen die geringere

Wählerzahl. Die nationalliberale Fraktion der Zweiten Kammer

wird am Dienstag früh noch einmal zusammenkommen, um dann

der Wahlrechtsdeputation, deren Sitzung um 12 Uhr mittags be-

ginnt, einen möglichst einheitlichen Beschluss über die Wahlkreis-

einteilung zu unterbreiten.

Abschließung Drittermer.

Zu diesem traurigen Kapitel bringt die Chemnitzer Volks-

stimme zu den zahlreichen schon vorhandenen einen neuen Beitrag

aus Schma. Es heißt da:

Der Geplauder ist, als arme Leute aus einem Ort in den andern abzuhauen, ließt folgendes Vorcommis einen neuen Beitrag. Ein 72 Jahre alter Mann und dessen 67 Jahre alte Ehefrau, die mehrere Jahre unbeanstandet in Schma wohnten, zogen im vergangenen Frühjahr infolge des Mangels an Kleinwohnungen im hiesigen Orte nach Crottendorf. Um in die Nähe ihrer Tochter zu kommen, zogen die alten Leute bald darauf nach Grünthal, wo sie eine billige kleine Wohnung fanden. Doch die Freude war von kurzer Dauer. Sie erhielten folgendes Schreiben:

Grünthal, am 18. September 08.

Herrn . . .

Der Gemeinderat hat in einer gestrigen Sitzung beschlossen, von der ihm nach § 4 und 5 des Gesetzes über die Freiheitshäuser vom 1. November 1887 zuftehende Abwehrbefreiung gegen Sie Gebrauch zu machen. Indem Ihnen dies hiermit eröffnet wird, wird Ihnen hiermit aufzugeben, Grünthal bis zum 17. November dieses Jahres wieder verlassen, andernfalls Ihre zwangsweise Ueberführung nach Oberwiesenthal, wohin Sie unterstützungsberechtigt sind, erfolgen wird.

Der Gemeinderat.

Die in Frage kommenden alten Leute beziehen schon seit Jahren Unterstützung von der Gemeinde Oberwiesenthal, wohnen sie jetzt wieder abgehoben werden sollen, trocken sie dort keine Angehörigen haben. Außerdem besteht noch die Gefahr, daß die alten Leute in Oberwiesenthal bei dem dort befindlichen Wohnungsmangel gar keine kleine Wohnung finden. Die 67 Jahre alte Frau erklärte unserm Gewährsmann, daß sie lieber ins Wasser ginge als nach Oberwiesenthal.

Es wird Zeit, daß man hier endlich Aenderung schafft, denn durch die Ausweisungen werden arme Leute ins schlimmste Elend geflossen.

Aus dem Vogtlande. Die amtliche Untersuchung der

radioaktiven Wassers im Vogtland hat bekanntlich für die

Wasser des Himmelfahrtstollens bei Georgenthal

eine radioaktive Stärke von 58,8 Maße-Einnahmen er-

mittelt. Zwischen haben private Messungen durch die Radio-

aktive Gesellschaft in Berlin die Ergebnisse bestätigt und, wie dem

Vogt. Ang. berichtet wird, an anderen Stellen — aber auch dort

in der Nähe — noch weit höhere Stärken konstatiert. Es werden Zahlen genannt, die die Stärkegrade der bisher bekannten am meisten radioaktiven Quellen überhaupt weit übertreffen. Aus

dem Winkel des Bergbaus brengen Quellen hervor. Niemand

vermag es dem radioaktiven Wasser anzusehen, daß geheimnisvolle Kräfte in ihm schlummern.

Glauchau. Der Saalhöherverband im Bezirk der Amtshauptmannschaft Glauchau, der kürzlich in Niederwürschnig tagte, nahm nach einem Vortrage des Verbandssekretärs Herrn Thomas (Dresden) eine Resolution einstimmig an, in der Wider sprach gegen die von Reichs wegen geplante Besteuerung von Bier, Branntwein, Zigaretten und Zigarren sowie gegen eine Besteuerung der Glashäuser, des Viehs und des Fleisches erhoben wird. Weiter wird die Erwartung ausgesprochen, daß die gegebenen Körperfassen den geplanten Steuern gegenüber sich ablehnend verhalten und nur für direkte Steuern eintreten werden.

Glauchau. Nachdem das Gesamtkreisamt der Volkschulen durch Bestellung von 3281 Schülern begann, deren Eltern hat feststellen lassen, daß sich für das Winterhalbjahr 1908 für Beibehaltung des Unterrichtsbeginns um 7 Uhr, statt wie bisher um 8 Uhr, aufgesprochen haben, wird nunmehr nach einem Beschlusse des Rates der frühere Unterrichtsbeginn nach den Michaelisklassen verschoben an den hiesigen Volksschulen eingeführt. — Wir halten das für eine völlig verkehrt Reform.

Borna. Eine Versuchsanstalt zur Herstellung von Kunstgarn ist hier im Entstehen begriffen. Bekleidet die angrenzenden Verküsse, bei denen es sich besonders auch darum handelt, ob geeignete Wasser vorhanden ist, so schreibt man zum Bau einer Fabrik an größeren Kosten. Es sollen für den Betrieb über 1000 Arbeiter und Arbeiterinnen in Frage kommen.

Keine Nachrichten aus dem Lande. Während die Mutter mit Geduld Geduldig war, lärgte in Würzen das 4-jährige Söhnchen des Arbeiters Müller von hier in den Mühlgraben, an dessen Ufer es gefallen war. Das Kind konnte bis heute noch nicht geborgen werden. Der Bruder kann bis heute noch nicht geborgen werden. Überfahren und gelöscht wurde beim Rangieren auf dem Bahnhof in Ulrichsberg i. B. der 33 Jahre alte lebige Bremser Ernst Franz aus Reichenbach i. B. Dem Gedauernswerten wurden beide Brüder abgeföhrt und der linke Arm gerammt. Er wurde in das Krankenhaus nach Plauen eingeliefert, wo er um 3 Uhr nachts starb. — Für die von ihm am 11. Juli d. J. bewirkte Errettung eines Knaben vom Tode des Untergangs in der Blaube in dem Schuhmacher Albin Paul aus Lungenau vom König die silberne Lebensrettungsmedaille verliehen worden.

Die nationalliberalen Wahlkreisvorschläge
sind vom Abgeordneten Hettner bereits ausgearbeitet worden.
Nach dem Dresden Anzeiger, der von nationalliberaler Seite zeitweise Informationen erhält, soll der Hettnerische Entwurf folgenden Prinzipien beruhen: 1. Großstädte bilden abgeschlossene

Stadt-Chronik.

Wertzuwachssteuer und Wertsteigerung.

In der Rotdruckfache über die Dresdner Steuerverordnung wird bekanntlich auch die Einführung der Wertzuwachssteuer vorausgeschlagen. Interessant sind die diejenigen Vorstöße beigegebenen Nachweise über die Wertsteigerungen, die vielen Grundstücksbesitzern enorme Gewinne brachten, ohne daß es auch nur im geringsten dafür töta gewesen wären.

Es wird ausgeführt: Welche folstale Steigerung der Grundstücke in Dresden und anderwärts, insbesondere aber in den Vororten der Stadt, in den vergangenen Jahrzehnten erfasst waren. Niemand heut bekannt. Es ist nur zu bedauern, daß die Statistik sich dieses Gebietes bisher nicht angenommen hat; es würde wahrscheinlich ergeben, daß die allgemeinen Vorstellungen hierüber hinter der Wirklichkeit noch zurückbleiben und weiter, doch an der großen Linie der Aufwärtsbewegung auch ein zeitweiliges Sinken der Werte, wie in den letzten Jahren, nichts ändert. Statt alles weiteren seien, wie dies auch die Leipziger Deutscherkt ist, einige Ziffern aus der Vorlage der Königl. sächsischen Staatsregierung vom 26. Januar 1904, die Neuordnung des Gemeindesteuerwesens betreffend, wieder gegeben. Danach hat sich der mittlere Kaufwert des Quadratmetres ungefähr erhöht

In der Gemeinde	von 1879 auf 1889		von 1889 auf 1899	
	um Prozent	um weitere Prozent	um Prozent	um weitere Prozent
Deuben	100		100	
Aditz	50		500	
Reitz	75		600	
Laubegast	600		700	
Cotta	100		1000	
Heidenau	100		1200	

Man mag die Grundstückswerte, die dieser Berechnung für das Jahr 1899 zugrunde liegen, rubig als durch die finstere Spekulation auf dem damaligen Grundstücksmarkt übertrieben bezeichnen, man mag an ihre Stelle die Werte des tiefen Standes während der Grundstückskrisis setzen: die Katastrophe bleibt doch bestehen, daß die Steigerung der Preise von Grund und Boden in den letzten 30 Jahren jede Rauschage mit hinter sich gelassen hat. Auch der Einwand, der ja sicher erhoben werden wird: die Seiten der großen Wertsteigerungen seien überhaupt vorbei, und auf Jahre hinaus noch könne von Wertzuwachs nicht die Rede sein — ist nicht stichhaltig. Gewinnbringende Grundstückskurse sind auch in den Seiten der schwersten Grundstückskrisis abgeschlossen worden und kommen auch heut noch durchaus nicht selten vor. Statt aller weiteren Vorlesungen sei auf Grund asthmiger Unterlagen ein besonderes drastisches Beispiel angeführt:

Ein Dresdner Grundstück wurde von seinem Besitzer am 7. Januar 1905 für 970 000 M. an eine aufwärtige Bank verkauft. Der Besitzer verdiente daran, wenn man dasjenige, was er in das Grundstück hineingesetzt hatte, abzieht, immer noch 510 000 M. reichlich. Am 4. März 1905 verkaufte die Bank das Grundstück an einen auswärtigen Architekten für 2 000 000 M.; sie hatte also 1 030 000 M. Gewinn. Der Architekt verkaufte das Grundstück am 21. März 1905 für 3 785 000 M. an einen Ausländer, also mit einem Nutzen von 1 785 000 M. Der letzte Erwerber besitzt das Grundstück heut noch.

All dies geschah nicht etwa in einer Zeit wütender Grundstückshäusse, sondern im Jahre 1905, mitten unter den schweren Erscheinungen der Grundstückskrisis! Herr Dr. Koch meint, daß ein solcher Fall — der durchaus nicht der einzige ist — mehr als alle theoretischen Darlegungen für die Zweckmäßigkeit der Wertzuwachssteuer spricht, selbst wenn man die von Leuten, die in Dresden nicht einen Penny Einkommensteuer zahlen, gemachten Gewinne für teilweise unrealistisch hält oder in dem ganzen Falle nur eine unerhörte Breitreiberei sieht. Auch wenn die Steuer weiter nichts bewirkt, als daß solche Käufe unterblieben, würde sie legendreich wirken.

Unter solchen Umständen müßten auch die Ausländer für die Wertzuwachssteuer sein, wenn sie sich nicht dem Vorwurf aussetzen wollen, die wütende Spekulation sei ihrer gerade recht. So möchten wir hinzufügen.

Laune ist Blütenempfang!

Die in allen sozialen und sozialen Dingen, die das Allgemeinwohl betrifft, so außerordentliche Gedanken und Handlungen, die die Bürgerstadt Dresden hat, sind wieder einmal mit vollen Händen gegeben. Aus dem Güdel der Bürgerzahl natürlich. Die öffentliche Wohlthat wollten sie dabei nicht belästigen, denn sie behandeln die Angelegenheit in geheimer Sitzung der Stadtvertretung. Die Herren scheinen sich doch etwas zu gewissen. Von Ende auf die Straße zu werfen zu einer Zeit, wo das Geld im jüdischen Haushalt überflutet steht. Wir aber haben keine Veranlassung diese Heimlichkeit mitzumachen. Deshalb teilen wir mit, daß die Stadtvorordneten in der letzten geheimen Sitzung 4000 Mark zur Defension eines Blütenempfanges bewilligt haben. In den nächsten Tagen kommt der badische Großherzog nach Dresden und heißt der spanische König mit dem üblichen Kompliment empfangen werden, während die Dresdner Steuerzahler des Kammels zu berappen haben. — Die sozialdemokratischen Stadtvorordneten haben natürlich lebhaft dagegen protestiert und gestritten (Der Rat hatte sogar 6000 M. vorgeschlagen.) Vorher beantragten unsere Genossen, die Angelegenheit in öffentlicher Sitzung zu behandeln. Dieser Antrag ist abgelehnt worden, ebenso der später geplante, den amtlichen Bericht über die Verhandlungen zu veröffentlichen.

Die überaus große Weisheit der Dresdner Einwohner ist zweifellos mit einer derartigen Verwendung städtischer

z Budgetfrage aufzusprechen. Es liegt mir vollständig fern, unsere Delegierten polemisierten zu wollen; ich halte es aber für meine Pflicht, meinen Standpunkt, der von dem Sindermannschen Klarzug legt. Ich hätte mich gefreut, wenn die Resolution zur Annahme gelangt wäre, ich sah darin ein geeignetes Ziel, um Ruhe und Ordnung in der Partei zu schaffen. Wenn die Resolution nun nicht angenommen worden ist, so hoffe ich wohl, man möge im Sinne dieser Resolution zu handeln suchen, den tieferen Willen, der durch die Partei geht, zu begleichen. Die Erklärung "Sieg" ist nicht so leicht zu nehmen, wie es Genossen Sindermann getan. Sie besagt, der Parteitag habe über Rechtsfragen entschieden, aber die Landesangelegenheiten haben Landesorganisationen zu regeln. Man sagt, die Süddeutschen sind sich darüber nur gegenüber den anderen Parteien salviert. In der Tat ist aber ein ganz neues und meines Erachtens wesentliches Prinzip aufgestellt worden. Der Gesamtparteitag souverän bleibt. Sofern also Organisationen in Süddeutschland sich auf den Boden dieser Erklärung gestellt. Wir haben die Erklärung, auf das gründlichste zu prüfen, ob es nicht zu verbieten gewesen wäre, dass solche schlimme Dinge eintreten, das zu solchen Diskordien führen, deren Wöhngung nun vielleicht sehr fein wird. Genossen S. ist leicht, mit der Weisheit zu gehen, würde gern mit den Vertretern genossen in Übereinstimmung sein, die erste Pflicht ist es, das offen zu sagen, was ich im Interesse der Partei für richtig halte. Rundschau fragt ich: Ist diese Erklärung überhaupt bedeutungsvoll? Ich sage ja! Mit der Zustimmung oder mit der Ablehnung im Parteitag ist der Gehalt aller Gesetze geändert; alle Einheitsgesetze des Bandes sind genau so, ob man so stimmt oder

Was ist also diese Abstimmung? Es ist eine Form Demokratie. Wenn man es nun so darstellt, als ob es das Unterlassen der Abstimmungsdemonstration der Klassenkampf verhindert werde, begreift ich, dass viele Genossen in Erzeugung bringen. Hat denn aber dieses Abstimmung überhaupt eine solche Kraft? Im Nachdruck stimmen wir gegen den Gesamtstaat, aber der gang will sich darüber wenig demonstrieren; es reicht zu gleich, dass kein Mensch bemerkt, dass etwas Besonderes vorgeht; man kann etwas von dieser angeblich so überwältigendem Demonstration. Gleichzeitig ist die Frage, wenn sie auch nicht allzu wichtig ist, sich zu prüfen und zu entscheiden. Es wäre mit sehr viel, wenn Genossen Sindermann mit sagen könnte, wie er, wenn er lebt, bayerischer Abgeordneter wäre, gestimmt haben möchte. Ich bin mir nicht sicher, ob Genossen Sindermann nicht auch unter den bayrischen Abgeordneten wäre. In unserem erstenmaligen Sachen ist es geschlossen, dass wie die Republik das Budget bewilligen und ich 1894 in Frankfurt gegen die Budgetresolution des Süddeutschen stimmt, während Genossen Sindermann dafür stimmte. Ich meine jetzt noch, dass die Süddeutschen in Bayern und Bayern absolut ungängige Gründe hatten, so zu verfahren, wie sie es taten, etwas ganz anderes ist es, ob die Süddeutschen nicht viele und gute Gründe vorbanden haben, die sie zu ihrer Haltung drängten, vom Klassenkampf abzuweichen. Genossen Sindermann spricht davon angeführt, dass die Süddeutschen in Nürnberg für Budgetbewilligung angefangen haben, s. Q. die Einführung des allgemeinen Wahlrechts in Bayern. Ist das eine Kleinigkeit? Allgemein in Sachsen und Preußen doch so erhaben dafür. Auch das proportionalwahlrecht für Gemeinden mit über 4000 Einwohnern ist in Bayern eingeführt. Bei uns in Sachsen geht es ja zu; bei uns nimmt man uns in einer Gemeinde nach anderem das bisherige bessere Wahlrecht. In Bayern haben Eisenbahnerarbeiter das Koalitionsrecht, bei uns wird es aufs Beste verzögert. Ich erinnere an den Fall Rohrkopf und andere mehr. Da sagen nun die Genossen in Süddeutschland: Wir Süddeutsche sind bei allen Gelegenheiten, die Verhandlungen brachten, entente Staat gewesen, sollen wir uns nun mit den Erfolgen der Partei bringen? Die Abstimmung sollte kein Verhandlungsdatum für die Regierung sein, sondern die Präsentation des Verhandlungsdokuments. Leider ist es so in Bayern so, wenn der Budget verweigert würde, so wäre die Regierung keineswegs verantwortlich gemacht, sondern dann kann sie erst recht nach eigenem Gutwillen Mittel verwenden. (Sindermann: No, also) was ein Mittel gegen die konstitutionelle Regierung soll, wird in solchen Umständen ein Mittel zur Stärkung des Abolitionismus, in den Dingen in Bayern zu stehen und die Genossen solche Gründe, dann ist es zwar kein Recht eines jeden Genossen, sie zu einer anderen Auffassung zu beschließen, aber sie zu prüfen, in ihre eigene Überzeugung zu sprechen und zu handeln, das soll nicht. In solchen Situationen muss man alles daranlegen, eine Klärung herbeizuführen, auch durch ein Zwangesgebot die Situation recht zu verhindern. Genossen Sindermann meint, dass die Resolution nicht recht zu Schwierigkeiten geführt haben würde. Genossen können überwinden werden müssen. Aber wo gibt es bei den Anlässen keine Schwierigkeiten? Und sind die Schwierigkeiten, jetzt infolge des Wahlrechtschlusses, der den Süddeutschen ganz die Überzeugung gegeben, drücken, nicht noch viel grösser? Wenn man es einmal auf dem Wege versuchen, wie es die Resolution frohme vorschlägt. Haben wir uns nicht in der Jugendstragödie verfangen? Ebenso mit den Gewerkschaften? Freilich, man muss bestreiten einzugehen und nicht erst nach Aufschubtag aller Verhandlungen Verständigung unmöglich werden lassen. Wir sagen: Proletariat einigt Euch — und da sollen Sie nicht einmal Norddeutsche und Süddeutsche vereinigen können? Das Schlimme ist, das man vor dem Antritt die Gewerkschaft in eine mäkliche Erregung hineingetragen hat. Auf dem Parteitag herrsche eine Stimmung vor, die bedauert werden muss. Geschlossene Heerhaufen aus den verschiedenen Landesvereinigungen haben sich gegenüber, und daher empfiehlt es sich, in Erwagung zu ziehen, ob es nicht besser ist, dass auf jüngsteren Parteitagen die Parteien sich in bunter Kleidung durchmischen lassen, damit sie sich besser verstehen lernen und nicht die einzelnen durch Landesvereinigungen schliessen von vornherein festgelegt werden. Achtung und Sauberkeit über den Parteigenossen müsse herrschen; grundbedeckt ist es, bei absehender Meinung sofort feindlich gegen einen Genossen vorzugehen, oder andersherweise ist es in der Partei schon zu eingerissen, als solle es außer gleich einem Kampf bis zum Tode werden. Ein Trost liegt allerdings darin, dass höchstlich doch wieder das Verständige durchdringt: Es ist die Macht auch schwer, die sich noch dem Adlinschen Gewerkschaftsrecht aufsetzen, hörte man sich zu verständigen, wie ich es damals von vornherein vertraten habe. Ich muss bei all meiner Hochdrückung des Parteivorstandes sagen, dass es in Nürnberg nicht das gelan, was von einer wahrhaft erschrecklichen Parteileitung erwartet werden muss, wenn sich der Parteivorstand nicht schon vorher mit einer Resolution festgelegt gehabt hätte, es hätte er leicht zur Verständigung mit den Süddeutschen kommen können. Gleichwohl hoffe ich, dass auch diese Kunden, die der Budgetfrage thun, wieder verhandeln werden. Ich sage auch auf dem Standpunkt: Disziplin muss sein! Untere Disziplin ist aber eine freiwillige, gern geübte sein. Eine Disziplin, die widerstehen, gegen die Überzeugung geht wird, hätte gar keinen Wert. Es ist aber doch ganz unverständlich, dass wir uns wegen der Budgetfrage, die eine so grobe Bedeutung gar nicht besitzt, quälen können. Wir müssen uns vor und selber schämen, wenn wir es dazu kommen würden. Die Partei wird durch diese Art, ihre Streitigkeiten auszumachen, in ihrer Schlagkraft und in ihrem fruchtbaren Aufbau gefährdet. Wir müssen im Zukunft Früchte tragen, die solche Dinge nicht wiederholen. Meinungen widersetzen, wird es immer geben. Dieser Meinungsverschiedenheit, in unserer Partei beruhend, muss darauf, dass wir aus einer früher kleinen und wenig einflussreichen Partei zu einer Dreimillionenpartei geworden sind; zugleich haben wir das Großwerden der Gewerkschaften erlebt; da sind wir gewungen, uns allen Geboten des realistischen Lebens zu unterstellen. Wie müssen unsere sozialistischen Ziele nicht nur agitatorisch verhandeln, sondern wir müssen den sozialistischen Gedanken überall im sozialen Leben nach Möglichkeit zur Einführung bringen. Das müsstet leicht der Streit über die Bewertung der Gegenwart arbeiten und über die Zukunft, vermittelnd darum, wie die Gegenwart arbeiten im Sinne des sozialistischen Ziels betrieben können. Die sozialistische Gegenarbeit soll man nicht unterschätzen. Die Massen waren darauf, dass von der Partei Verbesserungen für sie geschafft werden. Sie wissen, dass wir heute schon viel tun und deshalb haben

so Verteilungen zur Sozialdemokratie. Wir alle dürfen von uns sagen, mögen wir nun die oder jene "Abstimmung" einnehmen, wir dürfen alle für uns in Anspruch nehmen, das mit der großen Sache des Sozialismus ergeben sind und für sie kämpfen wollen. Und es kommt vor allen Dingen darauf an, dass wir diese große Einigkeit gegen unsere Feinde föhlen: Gegen den Kapitalismus! Das ganze Budgetfrage ist mir gering dagegen. Eine Welt von Feinden steht gegen uns. Wir haben in Sachen die Wahlrechtsfrage und andere ungeheure wichtige Dinge zu erledigen. Das ganze Jahr bewegt mich der Gedanke: Wie können wir mit der Wahlrechtsreform vorwärts kommen, um dem Volke zu seinem Rechte zu verhelfen. Wir haben die unzweckbare wirtschaftliche Krise. Mit dem Streit um die Budgetfrage werden wir keine Themen, helfen wir einem, der hunger und Not leidet! Aus allen diesen Gründen kann ich mich wegen der Budgetfrage nicht so erkennen. Wir wollen dem Volke dienen, wir wollen wirken, dass das Volk vom Kapitalismus befreit werde, und da müssen wir dafür sorgen, dass jenes Streitgefecht vermieden werden und dass eine Verständigung erfolgt wird. Wenn Sie von mir fordern, dass ich in solchen Verteilungen eingreife, wie es in einigen anderen Verteilungen geschieht, dann muss ich gestehen: das ist gegen meine innere Überzeugung, das kann ich nicht! Ich habe es für meine Aufgabe, auszuspielen gegen den unntümlichen Bruderprotest und einzutreten für die Einigkeit der großen deutschen Arbeiterschaft! (Großer Beifall.)

Genossen Edel sieht wegen der vorgestellten zu einer Verteilung antritt, der jedoch abgelehnt wurde.

Genossen Göttfries: Genossen Sindermann habe sich auf den Standpunkt gestellt, die Budgetbewilligung sei nicht notwendig gewesen. Er hat damit zum Ausdruck gebracht, er hätte es auch bleiben lassen können. Genossen Sindermann war selbst in Frankfurt der Meinung, dass die Budgetfrage eine Zweckmäßigkeitsfrage sei. Jeder Parteigenosse hat das Recht, seine Auffassung zu ändern, daraus kann man niemand einen Vorwurf machen. Wenn Genossen Sindermann nichts von den Abschätzungen in den Staatsverträgen und dass man dort die offenkundige Arbeitsschaffung eingeführt und auch eine Musterarbeitsordnung hat? Die Worte Sindermann vom Gold, Silber, Aichel und Käfer sind hilflos, aber ich glaube, der Arbeiter kann Aichel und Käfer gut gebrauchen. In den bairischen Staatsverträgen sind nicht bloß Sozialdemokraten organisiert, sondern auch die Christliche und dadurch unterscheidet sich der ganze Kampf von dem Kampf in anderen Ländern. Der Nürnberger Parteitag habe dem Zentrum viel Material geliefert, so dass es auf Fahrt hinausgezogen ist. Sie haben in Bayern damit zu tun, die Cherusker auszumachen, und welche Ausdehnungsfähigkeit ist nur von den Grossstädten abhängig. Das private Land liegt ganz nichts. In Bayern gilt es, die Kreise dem Zentrum zu entziehen und sie zu und herüberzuschicken. Das können wir aber nicht mit der Tatsak, wie sie der Parteitag will. Seit 1894 ist die Partei in Bayern in einer Weise vorwärts gedriftet, wie das in keinem anderen Lande der Fall ist. Man muss das ehrliche Wollen anerkennen, das die Parteigenossen bei ihrem Vorgehen geleistet haben. Der Mittlerweg muss eingeschlagen werden und ich muss die Süddeutschen in Schlag nehmen, wenn Sindermann sagt, die Süddeutschen haben Disziplinbruch begangen. Es wird entgegengesetzt: Die Süddeutschen haben viel erreicht und wir im Norden liegen in der Tinte. Das allgemeine Wahlrecht in Bayern ist ein Volk mit dem Rentenamt und in Bayern ein Volk mit den Überlasten. Das direkte Wahlrecht einzuführen vor einer verharmten Macht der Regierung und muss als etwas Selbstverständliches angesehen werden. Ich belasse, die Budgetbewilligung an und für sich ist nicht der springende Punkt, sondern sie begleitet die Wahlrechtsfrage, das fortwährende Durchsetzungsstreben, die Partei vom rechten Weg abzuwenden. Darin liegt System! Diese Unterstellungen müssen bestätigt werden, wenn die Partei nicht ihre alte bewährte Stärke einbüßen will. Die Massen in Süddeutschland machen nicht im Sinne der S. mit das benötigen die starken Widerstände bei Annahme der Resolutionen in den Parteikonferenzen. Ich habe die falsche Überzeugung, dass Nord- und Süddeutsche sich nicht trennen werden und wenn sie sich trennen würden, dann würden unter politischen Gegnen dafür sorgen, dass sie bald wieder zusammenkommen. Über somit wird es nicht kommen.

Genossen Niemann: Ich bin auch der Meinung, dass die Einigkeit und Geschlossenheit die Hauptfläche für die Partei ist. Diese Bemühungen habe man aber nicht an allen Orten gehabt, tonk wäre es nicht zu solchen Konflikten gekommen. Zu den Konferenzen in Süddeutschland ist ein Mitglied des Parteivorstandes eingeladen worden und habe der Konferenz in Würzburg beigezogen. Bannlauth war dabei, als die Konferenz in Stuttgart anberaumt wurde. Zu dieser berücksichtigten "Geheimkonferenz" ist das Mitglied der Kontrollkommission, Bannlauth, eingeladen worden, letzt nicht erschienen. Sie brauchen keine nicht Auseinander zu wiederholen, die ihnen auf dem Parteitag als Klatschad absurdum gerichtet worden sind. Das Fehler war, dass ihnen von vornherein ein Charles Ton in die Diskussion hineingetragen wurde. Die Mehrheit stand auf dem Standpunkt, dass die Frage der Budgetbewilligung eine Frage des Prinzipiells ist; ich siehe auf dem Standpunkt, dass es eine Frage der Taktik ist. Die Budgetbewilligung kann nicht der Ausbruch unterliegender Gegnerhaft gegen den Klassenstaat sein. Wenn doch eine so ungewisse Wichtigkeit wäre, würde man in den Parlamenten aufstehen und sagen: Wie stimmen gegen den Klassenstaat! Also hat die ganze Sache gar keine solche Wichtigkeit. In der Hauptsache handelt es sich darum, dass man einer Frage eine Bedeutung beigelegt, die sie gar nicht hat. Ich sehe am dem Standpunkt, dass Disziplin kein muss, nur muss man sie nicht aufs Werk zu erzwingen suchen. Man kann entgegenkommen wollen und ich hätte gewollt, dass man die Resolution frohme angenommen hätte. — Wenn die Süddeutschen nicht vor ihren Mästern blamiert dastehen wollten, so müssten sie eine solche Erklärung abgeben. Was soll es machen, nachdem der Parteitag entschieden, dass man durch Karl Marx revolutionär immer wieder neue Del ins Neuer zieht, hat Del auf die Wogen zu ziehen. Zur Reaktion will ich bemerken, dass durch Ablehnung der Vereinbarung zwischen Parteivorstand und Gewerkschaften von einem Rechts eingetretet ist. Ich habe nicht viel Hoffnung, dass es möglich ist, einen Ausweg zu finden. Eine Unterstüzung ist aber keine rohne Arbeitserde zu erwarten. Genossen in höheren Stellungen haben nicht zu rückspringen und den anderen Genossen kann man nicht zumuten, durch Arbeitserde ihre Erfolge aufs Spiel zu legen. Es besteht mit der Maxime, alles daran zu legen, damit wieder die alte Einigkeit und Geschlossenheit den Gegnern gegenüber eintritt. Dazu bei es aber notwendig, dass man die sozialdemokratische Meinungen zu achten und nicht reden, der in dieser Frage andere Meinung ist, als Revolutionäre zu verleugnen. Genossen Gerling: Ich muss mich über die Maßnahmen verabschieden. Genossen Sindermann war es nicht recht, dass die ganze Unterstellungsfähigkeit überhaupt aufgestellt wurde. Es mag gut sein, dass der Konsensblatt die Befreiung der Gewerkschaften aus der Differenz zwischen Partei und Gewerkschaften entstanden. Durch die großen Unterschiede Organisations ist die Gefahr der Auswertungen heute viel näher getreten. Es ist ganz erfälslich, dass die ausgescherten Arbeitgeber nachdrucken. Unterstützungen während der Auswertung zu erhalten. Die großen Organisationen der Industriearbeiter und der Metallarbeiter haben beschlossen, von den preußischen Werken ab zu ziehen. Und den Gründen der Auswertung der Mittel ist damals in Köln der Widerstand gekommen. Man ist mit der Auswertung des Mittel auf solchen Wege nicht zu frieden gewesen und in Anwendung der Autorität des Parteivorstandes und der Gewerkschaften, idem die Gewerkschaften angeholt wurden, ergab einstimmige Annahme, ebenso die Resolution des Genossen Niemann: Die Parteikonferenz ist der Meinung, dass es im Interesse der Gewerkschaften dringend geboten ist, bei allen prinzipiellen und tatsächlichen Auseinandersetzungen sachlich, parteidienstlich und unter Rücksicht abweichender Meinungen zu diskutieren. Die Verhandlung weicht den dringenden Wünschen aus, dass alles daran gelegt wird, nur wieder volle Verständigung und Einigkeit herzustellen, damit die Sozialdemokratie geschlossen den Gegnern der Arbeiterklasse gegenübertritt kann."

Neues aus aller Welt.

Berlin, 5. Oktober. In der vorliegenden Woche ereigneten sich hier drei schwere Blutbäder. Der 44jährige Jägerarbeiter und Förster Blauner aus der Schönauer Straße erschlug seine 31jährige Frau, angeblich aus Eifersucht, und stellte sich selbst der Polizei. — Der 21 Jahre alte Süddräger Wölfe aus der Ehinger Straße erschlug auf einer Automobilfahrt seine Geliebte, eine 18jährige Schwedin, und verletzte sich schwer daran. — Der mehrfach verurteilte Händler Leiser ließ sich auf dem Altenbergsplatz mit einem doppelten Messer in einer früheren Bekanntschaft, einer früheren Geliebten, eine früheren Schwedin, und verwundete sie. Leiser wurde verhaftet.

Berlin, 4. Oktober. Wegen wiederholter Autounfallschlägereien standen der frühere Steuerarbeiter Bürger und der frühere Arbeitsaufsichtsrat Thiel vor dem Amtsgericht des Landgerichts III. Gleichzeitig waren vom Berliner Magistrat fast mit den Schlüssen des Parteitages, mit Ausnahme des 116 gegen 91 Stimmen.

Die Abstimmung über den ersten Abstieg vorgenommener Resolution, der nun folgenden Vorstoß hat: Die Parteisammlung des Sozialdemokratischen Parteivorstandes erklärt sich mit den Schlüssen des Parteitages, mit Ausnahme des 116 gegen 91 Stimmen.

Die Parteikonferenz ist der Meinung, dass es im Interesse der Gewerkschaften dringend geboten ist, bei allen prinzipiellen und tatsächlichen Auseinandersetzungen sachlich, parteidienstlich und unter Rücksicht abweichender Meinungen zu diskutieren. Die Verhandlung weicht den dringenden Wünschen aus, dass alles daran gelegt wird, nur wieder volle Verständigung und Einigkeit herzustellen, damit die Sozialdemokratie geschlossen den Gegnern der Arbeiterklasse gegenübertritt.

Wilmersdorf, 4. Oktober. Gestern vergiftete sich in einem häuslichen Hotel ein etwa 30jähriger Paar. Der Mann ist tot, die Frau liegt hoffnungslos darüber. Aus Gewissensbisse kam die Frau aus Berlin eingetroffen. Offenbar ist jedoch dieser Name erdichtet.

Wilhelmshaven, 4. Oktober. Die Stadt ist infolge des Bruchs des Hauptausleitungstroches der Wasserleitung ohne Wasser. Auf der Welt ist deshalb der Betrieb stillgelegt eingestellt worden.

Magdeburg, 4. Oktober. Der Hauptsiedler der Bevölkerung Bödenstein ist gestern abgebrannt. 8000 Einwohner wurden von den Flammen vernichtet. Die zahlreichen Verletzten konnten nur mit Hilfe gerettet werden. Ein zweiter Brand vernichtete den Hauptsiedler der Bevölkerung Bödenstein. Die Randsiedler bedecken die ganze Neustadt.

Ahlem, 4. Oktober. Im Jahre 1903 wurde in Ahlem auf Grund eines Judizialbeweises ein Handwerker hingerichtet. Der Verurteilte bewies noch auf dem Scheitelt seine Unschuld und behauptete, das Opfer einer Verwirrung zu sein. Aus Amsterdam wird nun gemeldet, dass ein in Holland lebender Deutscher auf dem Scheitelt des Gesellschaftsabkommen abgelegt habe, der Mord zu sein. Auch verschiedene dem Klarer geraubte Opfergeräte soll er bereits ausgelegt haben. Eine Untersuchung ist eingeleitet.

Die Erfindung des Fernrohrs vor 300 Jahren

思政 专业类 笔记

Leitung der wichtigsten Natur- und Kunstsammlungen auf Urfahrt, Schatzkammer und Gemäldesammlung besichtigt, darüber hinaus noch ein weites Gelehrte für Schätzung des Wertes einzelner Werke, ist für bestallt und verlässt den Tag als begeisterte mitfreudige Abteilungen einstimmt habe. Mit Rücksicht auf den großen Interessentenkreis des Saales ist die mechanische Verschließung des Tisches und andere Art

zugegriffen in möglichst einfacher und leichtfaßlicher Weise erzielen, auch die Orientierung derselber Freude ist so dargestellt, daß sie selbst dem nur mit den elementaristischen Bezeichnungen in der Theorie befahrener leichtmachen kann. Die politischen politischen Anspriessen verhindern jedoch jene Kürze, welche die Erwähnung über Produktions- und Verbrauchswünsche sowie über Umfang der Ein- und Ausfuhr begrenzen, die Bedeutung der einzelnen Staaten nicht nur für den engsten Kreis des Deutschen Reiches, sondern auch für den allgemeinen Weltmarkt heranzutreten zu lassen.

Meine Mitteilungen Sie aus Sachsen gereicht mich
nur bei den Abschlußredaktionen
im Rathaus zu Dresdnerbusch ein herlin-^t unter-
irdischer geistiger Saal mit einer Jakobus-
kirche. Die mittlere Strophe hat einen Gläubigen von 90 Gu-
ttaeinstrom; das Gesamtbild wird von einem kleinen Stromgang ge-
tragen. Was versucht doch der Grabstrot früher in unzähligen
Arbeiten in jener Strophe Verhältnisse abzuleiten, weil verschiedene
Gesichter, z. B. ein sehr dionysischer Juno, heraus kommen,
doch die Gestalt als unterirdischer Saal und nicht eines der Gefang-
nis gebaut war.

Die Wehrer Neue Freie Presse berichtete bei ihr Gründung, dass ein Goldschatz eines Ritters von 19.000 auf 20.000 Goldstücke zu versteigern. Die Gold der Ritterkunst wurde auf 31 erfasst werden. Auszugsweise waren im laufenden Goldschatz nur noch sechzig bestanden.

Wirkungsprinzipien verhindern: Die vom Tiefenfallschwung untersuchte, gegen die Theorie Boddlers nach 8 gestellte Modellvorstellung kann vom Kongress einstimmig abgelehnt werden. Zuletzt erhebt ausdrücklich die Möglichkeit der Übertragung der Widerstandsfähigkeit auf Menschen an.

Neue Bücher. Am Anfang von S. A. Trostovat erscheint dieses Jargen aus der Feder des bekannten Prof. Dr. Heile ein Werk, in welches über das im Hultig des Deutschen Reiches erfolgte Verhältnisse in dem Süden Deutsch-Ostafrikas hinzutritt. Das Zusammensetzen des Regen, sein wirtschaftlicher Charakter, auch in diesen Provinzen und Städten eingehend besprochen werden. *Zwei Tage sehr* beginnen in Ostafrika, wo es illustriert und ist, wie der Vertrag

Dresdner Salzberg

Theater. Repertoire vom 6. Oktober. Opernhaus (Stadt). Die fliegende Holländer. Große männliche Chor in drei Stimmen von Richard Wagner. Zeitang. 7^{te}, Uhr. — Schauspielhaus (Stadt). Der Bannenstiel. Einakter in vier Stimmen von Ludwig Hölle. Zeitang. 7^{te}, Uhr. — Reibergtheater. Ein Walpurgisnacht. Ein- fang 7^{te}, Uhr.

Rezitation.
Dreher, Wagner's Gatte; Vermuttert bei 15. Oktober
sterbte 8½, Witte, Emil Wallner; Die Mutter, Schauspielerin von
Berliner Opernhaus.

Reitation.

Dreita, Wagner's Salhof, Sonntag ab 15 Uhr; schreibt 8%, die Emil Wallner; Die Rehe, Schauspiel von Arthur Hauptmann.

Wochenendspiele bei Residenz-Theater. Staging des 5. Oktober: Schauspiel-Albenreiter, 1. Seite. Die brennende Stadt (7%). Staging des 6. Oktober: Ein Walzerzaum (7%). Mittwoch den 7. Oktober: Die brennende Stadt (7%). Donnerstag den 8. Oktober: Operette-Albenreiter, 6. Seite. Die Schauspieler (7%). Rottag den 9. Oktober: Operette-Albenreiter, 1. Seite. Das Model (7%). Samstagabend den 10. Oktober: Ein Walzerzaum (7%).

Steif. Der Sklavenstab aus Elfe Säften am Domherrenweg 3, 3. Obergeschoss im Palaisengang bringt Werke von Schumann, Oerter, nach 1854.

Egon Wellesz spielt in seinem Studienbuch am 10. Oktober im Wiener Konzerthaus die Sämtlichen Wiener, Opus 26, R-Werke (Impressionen), Opus 57, Bilder, Opus 110, Szenen, Opus 105 (Impressionen).

Aktionsskomitee für die Jugend
Dienstag den 6. Oktober, abends 8 Uhr, im Volkshaus; wichtige Sitzung. Die Mitglieder des Aktionsskomites und der Vor-

Aktionsteam für die Jugend

Dienstag den 8. Oktober, abends 8 Uhr, im Volkshaus: Bildergesellschaft. Die Mitglieder des Kameradschaftsvereins und der Freunde des Jugendbildungsbundes werden erfreut, anwesend zu sein.

0 Jahren
der Erfindung
der große Ent-
wickelten Welt
ist leicht aus-
zumitt, die sich
die Erfindung
bedienten. Er-
reichte Zahlen
des gewöhn-
lichsten betrachtet be-
stechend von
dem und nicht
durch den Ge-
schäft und die
die Kosten
aufwands
und Erfindungs-
kosten gesetzt.
Um auch nicht
in großer Ent-
wickelten Welt
zu sein, weil bei
sich heran-
gehenden
seit jetzt und

plausen soll, aus Alters-
Zeits gelten
Unternehmens-
projekt mit ge-
meinsame Wege-
richten. Statut-
und genehmigungs-
bedingungen. Mit
denen kann man
die gesuchte
Zulassung er-
halten.

Baron ist ja bestrebt, doch nach Gallieli soll jetzt ein Bericht vorliegen, der das geschieht hat, wofür aber nicht, ob er die Auswirkungen kann, oder nur erkennen kann, daß Uppenbach ein Instrument erhebt, das nichts gäbe, eiserner Scheiteln zu schaffen. „Geben Sie mir Gallieli den gerichtlichen Raum, die Höhe der eigener Ausführung zu bringen. Das übrigens auf Gallieli geweckt, und dem Herrn einen etwas wichtigeren Platz als die Würde und mir können den Herrn des berühmten Gesetzes gewidmet. Er hat gegen die Ausprägung des Berichtes präzise nichts weiter, trotz aller vollkommenen Ausführungen bezüglich alle die Sollte. Gallieli braucht das Bericht, um über den engen schmalen Schuppen hinzu in den Schleusen zu führen, und ich befahrt, mit welchen Erfolge. Wir haben es oft genug herausgehoben, welche Falschgeschätzungen folgen es hätte, daß Gallieli sein Bericht gegen den Hinrichten reichte und den entzauten Menschen, doch es außerhalb des Berichtes mehrere Ersatzbewegungen um andere Zeiten der Todes gebe. Das war die einzige ausgesuchte Bekräftigung des imperialistischen Welttheaters, und auf diese Weise hat das Bericht in der Reaktionssphäre eine Existenz, den man zu erheben schien mag, und er einen entzweiten, sonst so stark bewaffneten Schachzug Gallieli.

zusammen mit Gelehrten aus anderen Fächern. Diese waren vorwiegend jugendliche Unterlieger oder Lehrer. Nur wissen wir, daß die Gelehrten, die nach guten Zeugnissen Pädagogik besucht haben soll — hier gesetzte sind. Sie waren selber nicht als Studenten, die dort teilte, nicht bei der Hochschule abholen lassen; diese enthielten sie nicht. Wenn wir also übergehen, so ist die zweite aber großer Wahrscheinlichkeit liegt zweiter Form, also auch die früheren Anstreben, wenn Kinder so gelehrt zu haben scheinen, wie es der Unterricht mit ihnen gefordert die richtige Ausbildung für das Kindesalter gehabt haben, kann leichter mit auf einer Goldlinie. Der Wissenschaftsrichter Berndsen spricht ein Beispiel hergestellt hat. Es war der in Wien geborene Schriftsteller Lippmann in Mittelburg. Wie er weiterhin steht im Oktober 1908 des Generalstaats als ein berühmtes Instrument dieser Art. Waggoner habe besonders in seinen an der Berliner Universität gehaltenen Vorlesungen über die Geschichte der Physik folgendes mit einer Verfügung, hat nun 2. Februar 1909, seit 2000 auf die Einsicht, vor dem Ministerium und innerlich beobachtet. Sein Leiter hat noch manche andere offizielle Verbindungen, die gezeigt Wichtigkeit mit seinem Zweck verknüpft. z. B. die plätierte Abschaltung seines Teakabinen — er gab auch eine einfache Weise zur Völkerverehrung der Royal Society zu — ferner die Auflösung des Reichstagesschreis in seinem Gedenktag, zahlreicher seiner Freunde ist. Nach Galiläus Arbeit eine ganze Reihe weiterer Werke, die sich mit großem Erfolg und Geduld bei Menschen bewegen. Eine wichtige und wertvolle Verfehlung des Herren gab er der geniale Anker, der zugleich neben seinem künstlerischen fruchtbarsten Werk in zahlreichen Werken der Bedeutung der wissenschaftlichen Optik nach. Repliken und Modelle des Menschen, umso er ob im menschlichen und gesetzigen (je beiderseitig nach unten getriebenen) Unterfallen liegen und die Wissenschaften gegenwärtig verfehlten werden. Die vielen verschiedenen Erkenntnisse, welche seine Anwendung für die technische Entwicklung hatte, hat er jetzt nicht alle überlebt. Doch die Repliken der Hände erzeugte ein ungemein sinnliches Gefühl, verhinderte alle Müdigkeit, auch mit unter. Ein astronomisches Observatorium

